



# D U I S B U R G H A T ' S N Ö T I G



## VOLLE KRAFT VORAUSS!

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Wirtschaft</b>	
I. Grundsätzliches.....	4
II. Ansiedlungspolitik.....	4
III. Großprojekte.....	4
IV. Unternehmensansiedlungen / -gründungen, Bestandswahrung.....	4
V. Einzelhandel.....	4
VI. Wirtschaftliche Betätigung der Stadt / Privatisierung.....	5
<b>B. Bildung</b>	
I. Kindergärten.....	6
II. Grundschulen.....	6
III. Hauptschulen.....	7
IV. Oberstufenzentren.....	7
V. Internationale Schule.....	7
VI. Berufliche Bildung.....	7
<b>C. Umwelt</b>	
I. Nachhaltigkeit.....	8
II. Abfallpolitik.....	8
III. Immissionen senken.....	8
IV. Wirtschaftsbetriebe der Stadt.....	8
V. Bewirtschaftung / Unterhaltung der Grünanlagen – Verein sauberes Duisburg....	9
VI. Sauberkeit in der Stadt.....	9
VII. Duisburg als Standort für die Entsorgungswirtschaft.....	9
VIII. Alternative Energien.....	9
<b>D. Verwaltung - bescheiden und schlank</b>	
I. Haushalt.....	10
II. Behördenmanagement.....	10
III. Kommunale Selbstverwaltung stärken.....	10
IV. Kommunale Unternehmen.....	10
<b>E. Planung und Stadtentwicklung / Bau und Verkehr</b>	
I. Strukturwandel sichtbar machen.....	11
II. Rückhaltlos auf Qualität setzen.....	11
III. Lebendige Stadt im Herzen Europas.....	11
IV. Stadtgestaltung – innovativ, intelligent, kostengünstig.....	12
1. Alsumer Berg.....	12
2. Stadt-Land-Fluß.....	12
3. Begrünung der Straßenbahntrassen.....	12
4. Bürgerbaupark.....	12
5. Duisburger Baulücken schließen.....	12
6. Duisburger Denkmalinitiative.....	12
7. Wohnen in der Altstadt.....	13
8. Freilegung.....	13
9. Königsberger Allee.....	13
10. Hamborner Altmarkt.....	13
11. Intelligente städtische Infotafeln (Billboards).....	13
12. Ja zur Illumination.....	13
13. Fontäne im hinteren Innenhafenbecken.....	13
14. Kreuzungsbereich Koloniestraße / Kruppstraße neu regeln.....	13
15. Marientorplatz neu gestalten.....	13
16. Mitgliedschaft EUROCITIES.....	13

17. P&R Fläche(n) ausweisen .....	14
18. Errichtung einer permanenten Markthalle .....	14
19. Rathausvorplatz.....	14
20. Kantpark .....	14
21. Realisierung eines Wohngebietes.....	14
22. Schaffung einer historischen Route .....	14
23. Speditionsinsel.....	14
24. Stellplatzbereich für Wohnmobile.....	14
25. Umwandlung der Friedrich-Wilhelm-Straße .....	14
26. Verbesserung der Fassaden .....	14
27. Wallstraße.....	14
28. Der Stadtfucht entgegenwirken .....	15
29. Der Verwahrlosung einzelner Bereiche der Stadt entgegenwirken .....	15
<b>F. Soziale Stadt</b>	
I. Familien, Kinder und Jugend.....	16
II. Frauen.....	16
III. Menschen mit Behinderungen.....	17
IV. Senioren - Dranbleiben und Drinbleiben .....	17
<b>G. Internationale Stadt – Bildung und Begegnung</b>	
I. Integration .....	19
II. Kirchen und Religionsgemeinschaften .....	19
<b>H. Liberale Kulturpolitik</b>	
I. Deutsche Oper am Rhein:.....	20
II. Umbenennung des Stadttheaters:.....	20
III. Duisburger Philharmoniker:.....	20
IV. Schauspiel:.....	21
V. TaM: .....	21
VI. Bibliotheken:.....	21
VII. Freie Kulturszene .....	21
VIII. Kinder- und Jugendkultur:.....	21
IX. Festivals: .....	21
X. Museen: .....	22
XI. Kommunales Kino.....	22
XII. Landschaftspark Nord .....	22
<b>I. Sport</b> .....	23
<b>J. Sicherheit</b>	
I. Staatliches Gewaltmonopol.....	24
II. Kinder- und Jugendkriminalität .....	24
III. Extremismusbekämpfung .....	24
<b>K. Grundsätzliches</b> .....	25



**„Duisburg muss  
andere, neue  
Wege gehen.“**

## A. Wirtschaft

### I. Grundsätzliches

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist zur Zeit sehr angespannt. Das hat natürlich auch massive Auswirkungen auf eine Stadt wie Duisburg.

Jahrzehntelang geprägt von Kohle und Stahl, also von Großindustrie, hat Duisburg besonders unter dem Strukturwandel zu leiden. Versäumnisse der Vergangenheit werden jetzt besonders deutlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist im Vergleich zu anderen Städten niedrig, die Zahl der Unternehmen mit Sitz in Duisburg nimmt ständig ab. Hier gilt es gegenzusteuern, auch wenn wichtige Impulse für die Wirtschaft nicht in Duisburg, sondern in Düsseldorf, Berlin und auch Brüssel entstehen.

### II. Ansiedlungspolitik

Die Möglichkeiten einer Kommune sind begrenzt. Aber diese Chancen müssen mit aller Kraft ausgeschöpft werden. Ziel der FDP Duisburg ist es, den Unternehmen, die sich in Duisburg ansiedeln wollen, und den Duisburger Mitbürgern, die hier ein Unternehmen gründen wollen, ein investitionsfreundliches Klima zu bereiten.

Unbeschadet der Forderung der FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen, wird sich die Duisburger FDP bis dahin für eine Ansiedlungspolitik einsetzen, die es Existenzgründern ermöglicht, in den ersten 3 Jahren von der Gewerbesteuer befreit zu werden. Dieses Angebot soll auch ansiedlungsinteressierten Unternehmen unterbreitet werden.

Die Duisburger FDP sieht darin eine Möglichkeit, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Duisburger Bürger zu schaffen und einen nachhaltigen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu leisten. Es soll das Prinzip Leistung und Gegenleistung gelten: Der Umfang der Befreiung steht im Verhältnis zur Anzahl der zusätzlichen Arbeitsplätze.

### III. Großprojekte

Die zahlreichen Großprojekte in Duisburg befinden sich oftmals viel zu lange in einer nicht zielführenden Diskussion. Dies muss sich ändern. Die FDP steht solchen Projekten offen gegenüber. Bei allen Risiken wird allzu häufig übersehen, welche Chancen solche Projekte bieten. Ob „Multi-Casa“ oder „Urbanum“, durch beide Projekte kommt es zu einer Aufwertung der Innenstadt. Die Tatsache, dass die Stadt sich an diesen Projekten finanziell nur in einem sehr eingeschränkten Maß (das Investitionsrisiko tragen private Investoren und nicht die Stadt) beteiligt, ist zu begrüßen. Private Investitionen dieser Art fördern die Möglichkeit, in Duisburg Geld zu verdienen. Kaufkraft, die aus der Stadt abzufließen droht, wird wieder zurückgeholt. Die FDP fordert, eine schnellere Umsetzung der Projekte anzustreben, um den positiven Effekt für die Stadt schnellstmöglich zu realisieren.

### IV. Unternehmensansiedlungen / -gründungen, Bestandswahrung

Der neue Weg der GFW (Wirtschaftsförderung), Gewerbe- und Industrieflächen zu akquirieren, wird von der FDP begrüßt.

Wichtig ist, dass die Stadt ihren Teil zu einer Attraktivitätssteigerung beiträgt. Dies muss nicht einmal mit hohem Mitteleinsatz verbunden sein. Um die gesamte Innenstadt aufzuwerten, ist der Bereich von Multi-Casa (geplant) über das „Urbanum“ bis hin zum Innenhafen neu zu gestalten und für Besucher und Einheimische attraktiver zu machen.

Z.B. kann durch zusätzliche Pavillons, die für die Gastronomie geeignet sind, erfolgen.

Wollen in Duisburg ansässige Unternehmen ihren Standort wechseln, so muss die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun – die Standortwünsche der Unternehmens zu berücksichtigen und geeignete neue Flächen auf Duisburger Stadtgebiet anbieten., Eine Abwanderung in Nachbarstädte ist zu verhindern.

### V. Einzelhandel

Die Stadt Duisburg übernimmt eine zentrale Versorgungsfunktion am Westrand des Ruhrgebietes und für weite Teile des Niederrheingebietes. Durch überregional ausstrahlende Shopping-Center wie CentrO und Rhein-Ruhr-Zentrum und eine deutliche Attraktivitäts-

steigerung der umliegenden Städte hat Duisburg im Verlauf der letzten Jahre stetig an Kundenbindung eingebüßt. Das derzeitige Einzugsgebiet wird auf 1,26 Mio. Menschen geschätzt, mit einem Kaufkraftpotenzial von rund 5.790 Mio. Euro. Davon entfallen auf die Stadt selbst ca. 2.386 Mio. Euro bei 510.000 Einwohnern.

Nach einem Gutachten von GfK/Prisma für die Stadt Duisburg besteht ein Kaufkraftabfluss von ca. 170 Mio. Euro pro Jahr, womit die zentrale Versorgungsfunktion nur unzureichend wahrgenommen wird. Auch die Verkaufsflächenausstattung liegt mit 1,15 m<sup>2</sup> je Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 1,3 m<sup>2</sup> je Einwohner.

Dies alles weist auf ein erhebliches Entwicklungspotenzial Duisburgs hin, das in den kommenden Jahren durch die Schaffung neuer Verkaufsflächen (z.B. „Urbanum“ oder Multi-Casa) und die Stärkung der bestehenden Zentren ausgeschöpft werden muss.

Es muss gelingen, Duisburg wieder zu dem Einkaufszentrum des Niederrheins und großer Teile des Ruhrgebietes auszubauen, indem Investoren, Geschäftsinhaber und ansiedlungswillige Betreiber von Einkaufszentren durch schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Realisierung ihrer Anliegen unterstützt werden.

Allein durch die Errichtung des „Urbanum“ mit Spielbank, Veranstaltungszentrum und Einkaufspassage werden jährlich ca. 1 Mio. Besucher zusätzlich in das Stadtzentrum kommen, die auch den bereits ansässigen Handel und die rückläufige Gastronomie stärken.

Durch den Bau von Multi-Casa erschließen sich der Stadt Möglichkeiten, wenn die Ausgestaltung und Belegung der Geschäftsräume auf einem deutlich höheren Niveau liegen, als es zum Beispiel im CentrO der Fall ist.

Zu den Highlights „Multi-Casa“, „Urbanum“ und Innenhafen muss auch der bestehende Einkaufsbereich attraktiviert werden. Der Duisburger Einzelhandel (Kaufhäuser und Geschäftsinhaber) ist eingeladen, seine Vorstellungen und Ideen, Erfahrungen und Wünsche bei der Innenstadtplanung einzubringen. Die Stadt muss dies bei ihren Planungen berücksichtigen. Effektiv ist eine Attraktivitätssteigerung noch vor der Fertigstellung der Großprojekte, um schon im Vorfeld deutlich zu machen, dass es weitere interessante Einkaufsbereiche gibt.

Die Unsicherheit, ob die Großprojekte kommen oder nicht, lähmt die Investitionsbereitschaft in Duisburg. Daher ist es zukünftig notwendig, bei Projekten schneller zu Beschlüssen zu kommen, die Auswirkungen auf alle Stadtteile haben. Hier muss von vornherein ein Zeitfenster festgelegt werden, an das sich die Beteiligten halten müssen.

## **VI. Wirtschaftliche Betätigung der Stadt / Privatisierung**

Alle Beteiligungsverhältnisse der Stadt sind auf Effektivität und Wirtschaftlichkeit zu prüfen, ob sie sinnvoll und für die Stadt notwendig sind. Bei der Überprüfung muss im Vordergrund stehen, ob die Tätigkeiten durch private Unternehmen besser und günstiger durchgeführt werden können.

Unternehmerisches Engagement darf durch die Stadt nur noch als Anschlag für ein Projekt stattfinden. Eine vollständige Privatisierung muss sofort erfolgen, wenn Private die Leistung gleich gut oder besser erledigen können. Ausgenommen von einer Privatisierung sind lediglich Bereiche, für die es keine privaten Erwerber gibt, oder solche, die der Daseinsvorsorge dienen.

Die frei werdenden Mittel/ Verkaufserlöse sind in den Schuldenabbau und die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen für Zukunftsprojekte zu investieren. Förderungen jedweder Art werden überprüft und unterliegen einer jährlichen Erfolgskontrolle.

Die Stadt Duisburg ist auf Gewerbesteuerzahlungen der Unternehmen angewiesen. Eine Stärkung der Wirtschaftskraft örtlicher Betriebe liegt also auch im Interesse der kommunalen Verwaltung. Es werden häufig von der Verwaltung oder Betrieben, auf die die Verwaltung Einfluss nehmen kann, Aufträge in freier Form vergeben. In solchen Fällen auch Duisburger Unternehmen explicit in die Aufforderung zur Angebotsabgabe einzubeziehen, ist auch eine Sache der Fairness. Die FDP unterstützt alle Bestrebungen, die diesem Ziel dienlich sind.

## B. Bildung

Die liberale Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Bildung ist das ethische Fundament für die Bürgergesellschaft und schafft Arbeitsplätze. Liberale Bildungspolitik garantiert jungen Menschen die besten Grundlagen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Jedem werden dabei die gleichen Chancen auf Bildung geboten. Diese Chancengleichheit am Start bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse am Ziel.

### I. Kindergärten

Unbeschadet der Erziehungsverantwortung der Eltern für ihr Kinder ist eine bessere Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen eine wichtige Aufgabe, der sich die Politik zwingend stellen muss. Insbesondere das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren und für Grundschulkindern (Ganztagsbetreuung) ist zu erweitern. Die Förderung von Kindern in den Tageseinrichtungen und der Tagespflege erfüllt eine gesellschaftliche, wertbildende Funktion. Kindertageseinrichtungen sind auch als frühzeitige Vorbereitung auf den Schulbesuch ein elementarer Bestandteil des Bildungssystems und gerade in unserer sich wandelnden Informationsgesellschaft wichtig.

Darüber hinaus fordert die FDP ein breiteres Angebot an integrativen Kindergärten für deutsche und ausländische Kinder. Die Förderung deutscher Sprachkenntnisse muss bei deutschen genauso wie bei ausländischen Kindern ein integraler Bestandteil der Vorschul-erziehung werden. Insgesamt muss der Bildungsauftrag des Kindergartens aufgewertet werden. Dazu gehört eine neue Balance von Lernen, Spielen und Bewegen. Die Vermittlung von, für das schulische Lernen grundlegenden Fähigkeiten sollte nach skandinavischem Vorbild durch ein Rahmencurriculum, das einrichtungsspezifisch umzusetzen ist, verbindlichen Charakter erhalten.

Gemeinsam mit Bund und Land ist für ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder verschiedener Altersstufen zu sorgen. Ein Sparpotenzial besteht in diesem Zusammenhang in der Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, der Verschlankung kostentreibender Bauvorschriften für Kindergärten und in dem Verzicht auf überholte und überzogene Regulierungen, z.B. bei der räumlichen Ausstattung. Ziel der Liberalen ist die Schaffung eines neuen Freiraumes für die einzelnen Einrichtungen, um nach konkreten Erfordernissen vor Ort zu entscheiden. Denn nur vor Ort sind Eltern und Träger von Betreuungseinrichtungen in der Lage, selbständig die erforderlichen Standards sowie die Prioritätensetzung zu definieren.

Grundsätzlich gilt: Die Qualität des Betreuungsangebotes soll die Nachfrage bestimmen – nicht bloß die Nähe der Wohnung.

### II. Grundschulen

Die Grundschulen sind wesentlich zu stärken. Fremdsprachenunterricht soll beginnend mit der ersten Klasse fester Bestandteil des Lehrplans werden. Die Entscheidung, welche Fremdsprache gewählt wird, obliegt den Schulen. Eine größere Chancengerechtigkeit für die Schüler durch Vertiefung der Grundkenntnisse und -fertigkeiten erfordert eine deutliche Ausweitung der Ganztagsangebote in allen Schulformen. Die Ganztags-schule, soweit sie die ergänzende Betreuung von Kindern umfasst, muss ein Angebot bleiben, dessen Annahme letzten Endes von der Entscheidung der Eltern abhängt. Für die Betreuung der Kinder an Ganztags-schulen müssen neue Modelle erlaubt werden, die eine Zusammenarbeit mit Kinderhorten, die es zu aus Qualitätsgründen zu erhalten gilt, und anderen Einrichtungen freier Träger ebenso sinnvoll einbeziehen wie eine Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten.

Die FDP will, dass Kinder schon mit fünf Jahren eingeschult werden können. Kinder, die besonderer Förderung bedürfen, sollten durch den verstärkten Einsatz von Entwicklungsdiagnostik im Elementarbereich frühzeitiger erkannt und unterstützt werden. Sie müssen nötigenfalls von der Einschulung zurückgestellt werden, um den für sie individuell richtigen „Übergangsmoment“ zu finden. Im Ergebnis ist somit eine durchschnittlich frühere, aber zugleich flexiblere Einschulung anzustreben. Eine frühere Einschulung trägt nicht nur den sich zunehmend verändernden Lebensverhältnissen vieler Familien Rechnung. Sie

eröffnet die Möglichkeit, die Lernbereitschaft und Wissbegier der Schüler frühzeitig pädagogisch sinnvoll zu nutzen. Die Leistungen unserer Kinder müssen für Eltern und Kinder verständlich bewertet werden.

Die Arbeitsbedingungen der Grundschulen müssen verbessert werden. Die PISA-Studie hat deutlich gemacht: Während in anderen Ländern Klassengrößen von 20 Kindern nicht überschritten werden dürfen, sind – vor allem in den Ballungsgebieten Deutschlands – Klassenstärken von bis zu 30 Kindern die Normalität. Die FDP setzt sich daher für eine deutliche Verbesserung der Lehrer-Schüler Relation in den Grundschulen ein.

### **III. Hauptschulen**

Die Hauptschullandschaft in Duisburg muss neu gestaltet werden. Dabei ist Schülern und Eltern ein „Mehrwert“ zu bieten. Die FDP schlägt – wo notwendig – die Einrichtung von Verbundschulen vor. Das bedeutet:

- Je ein Hauptschulzug wird an eine zweizügige Realschule angebunden
- Eine erhöhte Durchlässigkeit nach Klasse sechs und Klasse acht gibt auch vermeintlich schlechten Schülern eine reale Chance auf einen höheren Schulabschluss.
- Die zur Zeit mangelhafte Lehrerversorgung an Hauptschulen lässt sich kostenneutral beheben.

### **IV. Oberstufenzentren**

Einige Gesamtschulen haben wenige Übergänge in die gymnasiale Oberstufe. Ein Kursbetrieb mit ausreichenden Wahlmöglichkeiten kann nicht gewährleistet werden. Deshalb sollten die Schüler, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen in Oberstufenzentren zusammengefasst werden oder in die Oberstufen der Gymnasien integriert werden, um einen vergleichbaren Schulabschluss auf hohem Niveau sicherzustellen.

### **V. Internationale Schule**

Das Beispiel der englischsprachigen „St. Georges School“ in Wannheimerort zeigt den Bedarf an internationalen Schulen – unter staatlicher Kontrolle – in Duisburg. Städtische Schulgebäude, die nicht mehr für die allgemeinbildenden, oder beruflichen Schulsysteme benötigt werden, müssen bei Bedarf vorrangig Betreibern zugelassener, internationaler Schulen angeboten werden, bevor Umnutzung oder Abriss erfolgt.

### **VI. Berufliche Bildung**

Bildung ist die neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts. In der Globalisierung wird der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt immer mehr von der Qualifikation abhängen. Neben sozialen Qualifikationen und Wissen muss Bildung auch Unternehmertum und Gründergeist fördern. Globalisierung und Projektarbeit erfordern in immer stärkerem Maße Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Eine intensiver Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsort „Betrieb“ und Ausbildungsort „Schule“ muss unbürokratisch unterstützt, verbessert und gefördert werden.

Für den langfristigen Erfolg ist wichtig, dass die duale Ausbildung durch Weiterbildung ergänzt wird. Deswegen müssen Lernbereitschaft und Eigeninitiative geweckt werden. Damit jeder ein seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechendes Qualifikationsprofil findet, muss ein vielseitiges Weiterbildungsangebot geschaffen und ausgebaut werden. Die Duisburger Unternehmen sollten die Praxisorientierung der Weiterbildung unterstützen, indem sie mehr Praktikumsplätze bereitstellen. Mit den Unternehmen muss Weiterbildung so organisiert werden, dass sie den Beschäftigten ein Verbleiben im Betrieb während der Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht.

Wir stehen dafür, dass eine umfassende Ausbildung trotz fortschreitender Spezialisierung der Ausbildungsbetriebe fortgesetzt und ausgebaut wird. Wir halten zudem ein verstärktes Angebot von integrierter Aus- und Weiterbildung für erforderlich.

**„Für Duisburg  
ergeben sich  
hieraus eine  
Vielzahl von  
Chancen“**

## **C. Umwelt**

### **I. Nachhaltigkeit**

Die FDP versteht Nachhaltigkeit als ein Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es geht darum, die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt nachfolgender Generationen zu sichern. Dies erfordert eine sachgerechte Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Erfordernisse. Nachfolgende Generationen sollen die gleichen Chancen zur wirtschaftlichen Entfaltung haben wie die heute lebenden Generationen. Jede Generation ist verpflichtet, die Freiheitschancen Nachgeborener zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verschwendung dieses Erbes zu riskieren. Dabei geht es nicht allein um die Menge und Qualität natürlicher Ressourcen. Zum Erbe gehören auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Errungenschaften. Die Nutzung des marktwirtschaftlichen Preismechanismus gewährleistet, dass wirtschaftliche Dynamik und technischer Fortschritt Potenziale zur Kostensenkung aufdecken und Chancen für neue Arbeitsplätze entstehen. Umweltpolitische Ziele sollen dabei stets mit größtmöglicher Effizienz realisiert werden, so dass mit gegebenen Mitteln ein möglichst großer Umweltnutzen erreicht wird.

### **II. Abfallpolitik**

Die Kosten für die Abfall- und Wasserwirtschaft müssen im Sinne der Bürger gesenkt werden. Bestehende Konzepte bei der Ver- und Entsorgung sind zu untersuchen. Die gegebenen Ressourcen der städtischen Entsorgungswirtschaft sind zu nutzen und aktuelle Entwicklungen der Entsorgungswirtschaft aufzugreifen. Dadurch können die Gebühren und Abgaben der Bürger und Unternehmen stabilisiert werden.

### **III. Immissionen senken**

Im Bereich der Staubimmissionen handeln die Unternehmen nach strengen Umweltgesetzen, die entsprechend der EU-Gesetzgebung 1 : 1 umzusetzen sind. Dieser hohe Umweltschutzstandard darf in NRW nicht durch aufwendige Sonderwege übertroffen werden. Bei Beschwerden der Bürger müssen in Übereinstimmung mit den betroffenen Unternehmen Lösungen geschaffen werden. Dabei sind Luftreinhaltepläne einzubeziehen und mit konkreten Handlungsalternativen zu verknüpfen.

Die Senkung der Immissionen in den Teilbereichen muss im Einklang mit den betroffenen Bürgern und Unternehmen getroffen werden. Für die Unternehmen in Duisburg ist langfristige Planungssicherheit zu schaffen, um Investitionen in Anlagen und Mitarbeiter nicht zu unterbinden und eine Abwanderung von Unternehmen zu verhindern.

Der Straßenlärm kann in den Stadtteilen durch intelligente Verkehrsleitsysteme (überarbeitetes Konzept für die Durchfahrtsstraßen) und Optimierung der verkehrsberuhigten Zonen verringert werden. Dazu gehört auch die Überprüfung des Rettungswegenetzes. Die FDP fordert dazu die Bürger auf, ihre Mitwirkungsrechte zu nutzen und sich an der Optimierung in den einzelnen Stadtteilen zu beteiligen.

### **IV. Wirtschaftsbetriebe der Stadt**

Die FDP unterstützt die Bemühungen der Wirtschaftsbetriebe Duisburg, ein zukünftig leistungsfähiges Unternehmen zu schaffen. Hierzu zählen die fortwährende Verbesserung der Abläufe. Die Wirtschaftsbetriebe besitzen ein großes Potential, durch Modernisierung und die daraus zu erwartende Effizienzsteigerung ein attraktives und leistungsfähiges Angebot für die Bürger zu schaffen. Als Unternehmen in kommunaler Hand steht ein kostengünstiges Dienstleistungs-Angebot für die Bürger an erster Stelle.

Der Verbleib einzelner Unternehmensteile in den Wirtschaftsbetrieben ist regelmäßig zu überprüfen und den Gegebenheiten des Marktes anzupassen. Teilbereiche, die privatwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, sind auch als Unternehmen in die Privatwirtschaft zu überführen, wenn diese Tätigkeiten zumindest gleich gut und / oder für den Bürger kostengünstiger verrichtet werden können.

Zur Erfüllung der ihnen aufgegebenen Ziele müssen die Aufgabenbereiche von anderen Bereichen und Ämtern der Stadt noch klarer abgegrenzt werden (Bewirtschaftung Sportflächen etc.). Alle Bereiche, in denen die Wirtschaftsbetriebe für den Bürger kostengünsti-

ger und effizienter arbeiten können, werden in die Wirtschaftsbetriebe integriert. Gleichzeitig werden Aufgabengebiete, die andere kommunale oder private Unternehmen besser erfüllen können, dorthin überführt.

## **V. Bewirtschaftung / Unterhaltung der Grünanlagen – Verein sauberes Duisburg**

Die FDP fördert und fordert den Erhalt der bestehenden Einrichtungen und die Schaffung neuer Flächen in den Stadtteilen, sofern keine adäquaten Einrichtungen bestehen. Wegen der schlechten finanziellen Lage unterstützen wir, die Unterhaltung der bestehenden Anlagen möglichst in die Hand der Bürgerinnen und Bürger zu legen. Hierbei denken wir vor allem an die Vereine vor Ort in den Stadtteilen, die einen besseren Erhalt der Grünanlagen (Sauberkeit, Vandalismus, etc.) garantieren können: Müll zieht Müll an!

Die Stadt muss die Möglichkeiten, die Grünflächen in die Obhut / Patenschaft von Bürgern zu legen, ausweiten und über die Chancen einer „Privatisierung“ – wie in anderen Kommunen bereits geschehen – von Grünflächen nachdenken.

Beschreiten wir neue Wege des Bürgersinns: Es ist unser Stadtteil und unsere Stadt in der wir leben!

## **VI. Sauberkeit in der Stadt**

Die FDP unterstützt die Arbeit der Cityteams. Die Arbeit der bestehenden Cityteams gewährleistet, dass beschädigte Anlagen (Spielplätze, Verkehrsbeschilderung etc.) schnell repariert werden.

Die „48 Stunden Dreck weg“ - Aktion hat gezeigt, dass es Erfolge bei der Sauberhaltung der Stadt geben kann. Diese Maßnahme sollte unter der Maßgabe, möglichst Sponsoren für derartige Aktionen zu gewinnen, wiederholt werden.

Weiterhin wird die FDP das Engagement der Stadt bei der Beseitigung des weggeworfenen Mülls auf den Straßen und in den Fußgängerzonen überprüfen. Bekannte problematische Bereiche wilder Müllkippen in den Stadtteilen sind häufiger zu überprüfen und zu säubern, um eine Ausweitung zu verhindern und ein sauberes Umfeld für die Bürger zu schaffen. Auch hier gilt: Müll zieht Müll an! Wir werden überprüfen, ob es mit einer strengeren Auslegung des Ordnungsrechtes vereinbar ist, die Zuständigkeit der Kräfte des Ordnungsamtes im Überwachungsdienst auf diesen Bereich auszuweiten.

Es gilt die bestehenden Maßnahmen der Verhinderung von Müll kritisch zu betrachten und zu verbessern. Insbesondere sind Anregungen der Mitarbeiter und der Bürger der Stadt noch stärker einzubeziehen. Die Sauberkeit der Stadt schafft nicht nur für die Einwohner ein besseres Umfeld, sondern ist gerade auch für Gäste und Besucher ein Gütezeichen. Die FDP ist sicher, dass derartige Maßnahmen das Image der Stadt nachhaltig positiv beeinflussen und die Attraktivität erhöhen werden.

## **VII. Duisburg als Standort für die Entsorgungswirtschaft**

Duisburg bietet für Unternehmen der Recyclingindustrie eine Vielzahl von Vorteilen. Bestehende Unternehmen der Analytik und die Kompetenz der hier angesiedelten Recyclingunternehmen sowie die verkehrstechnischen Vorteile sind Stärken, die genutzt werden müssen. Die Ansiedlung von Unternehmen gilt es schnellstmöglich zu fördern. Hierdurch kann die Kompetenz der Stadt in diesem Bereich verbessert, können Investitionen gebunden und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die FDP unterstützt bestehende Maßnahmen nachdrücklich, fordert die Ausweitung und die Förderung dieser Branche insbesondere durch die Ausweisung entsprechender Industrieflächen.

## **VIII. Alternative Energien**

Die FDP hat sich in der ablaufenden Legislaturperiode erfolgreich gegen die Verschandelung der Stadt durch Windkraftanlagen gewehrt. Es wird mit uns keine Unterstützung und Dauersubventionierung dieser immer teureren Energieform geben. Duisburg darf nicht Spielball ideologiebehafteter Energiepolitik werden! Dies gilt auch für andere Formen der alternativen Energien. Energie muss nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch Sinn machen. Energie muss sich finanziell selbst tragen. Eine stärkere finanzielle Belastung der Bürger über den Strompreis werden wir nicht hinnehmen.

## D. Verwaltung - bescheiden und schlank

Für unsere Stadt brauchen wir einen zukunftsfähigen, d.h. einen leistungsstarken und effizient arbeitenden öffentlichen Dienst. Deswegen fordert die FDP ein Modernisierungsprogramm für den öffentlichen Dienst in seiner ganzen Breite. Ziel muss es sein, das früher von der FDP betriebene Programm zur Verwaltungsmodernisierung und Rückführung von Staatsaufgaben wieder aufzugreifen und die Stagnation zu überwinden, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für die Beschäftigten und damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen auf allen Ebenen für den Bürger ständig zu erhöhen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Errichtung des Call-Duisburg-Centers für unsere Stadt.

### I. Haushalt

Für Liberale ist nicht der Staat besonders leistungsfähig, der sich in möglichst viele Bereiche der Gesellschaft einmischt, sondern der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Der schlanke Staat ist der starke Staat. Deshalb will die FDP Subventionen abbauen, öffentliche Aufgaben zurückführen und staatliche Beteiligungen privatisieren. Grundsätzlich muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichergestellt werden. Die Kommunen sind nicht die Reservekasse des Bundes oder des Landes! Diese dürfen nicht Politik auf dem Rücken der Städte und Gemeinden machen. Die Reform der Finanzverfassung wird von uns zügig vorangetrieben. Zu beachten ist das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, muss bezahlen“).

Die FDP will eine Politik der Haushaltskonsolidierung. Ausgeglichene Haushalte aller staatlichen Ebenen bleiben Ziel der FDP. Nur so wird die Politik in der Praxis auf Dauer dem Grundgedanken einer wirkungsvollen Begrenzung der Staatsverschuldung gerecht, wie er in unserem Grundgesetz und im Europäischen Stabilitätspakt verankert ist. Im Sinne unseres Grundsatzes, dass Steuern nur für unverzichtbare öffentliche Aufgaben erhoben werden dürfen, bedeutet dies: alle derzeit vom Staat wahrgenommenen Aufgaben sind unter dem Gesichtspunkt ihrer Verzichtbarkeit zu überprüfen und in Frage zu stellen. Auch von lieb gewordenen staatlichen Betätigungsfeldern gilt es Abschied zu nehmen, sofern diese privatwirtschaftlich besser und preisgünstiger erfüllt werden können.

Gerade im öffentlichen Sektor wird der Wohlstand der Gegenwart mit Hypotheken auf die Zukunft finanziert. Kredite, die heute aufgenommen und verwendet werden, müssen die Bürger und Steuerzahler kommender Generationen zurückzahlen. Deshalb fordert die FDP, den Haushalt schnellstmöglich auszugleichen.

### II. Behördenmanagement

Liberaler Reformpolitik wird an Ergebnissen gemessen. Liberale stehen dafür, dass durch eine behutsame, aber konsequente Verwaltungsreform, durch neue Steuerungsmodelle, durch Budgetierung, dezentrale Ressourcenverwaltung, ein professionelles Controlling und eine moderne Kostenrechnung moderne, bürgerfreundliche und effiziente Behörden geschaffen bzw. fortentwickelt werden.

### III. Kommunale Selbstverwaltung stärken

Duisburgs Verwaltung muss selbstbewusst sein! Ein „Wegdrücken“ von Kompetenzen „nach oben“ in Land und Bund lehnen wir ab. Nur vor Ort lassen sich bürgernahe Entscheidungen umsetzen. Verwaltungsmodernisierung und damit Bürokratieabbau ist eine ganz wesentliche Führungsaufgabe im kommunalen Bereich, in den Parteien und Ratsfraktionen. Jeder Beteiligte hat sich dieser Aufgabe besonders zu widmen, deshalb machen liberale Bürgermeister dies zu ihrer ersten Chefsache!

### IV. Kommunale Unternehmen

Die öffentliche Hand erfüllt in Deutschland zu viele Aufgaben. Der Staat ist an zu vielen Unternehmen beteiligt. Für die FDP ist die Privatisierung wirtschaftlicher Betätigungen der öffentlichen Hand und die Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen ein Kernziel liberaler Politik. Liegenschaften in öffentlichem Besitz sind ebenfalls zu reduzieren.

## E. Planung und Stadtentwicklung / Bau und Verkehr

Liberaler und Stadtentwicklung - Duisburg gestalten

### I. Strukturwandel sichtbar machen

Die Zukunft unserer Stadt ist untrennbar verbunden mit ihrer künftigen Attraktivität und vor allem mit ihren wirksam nach außen kommunizierten Vorzügen. Unsere Stadt ist in ihrem Erscheinungsbild von großen Gegensätzen geprägt: flächenintensive Industriegebiete, eine Vielzahl planmäßig angelegter Siedlungsbereiche bis hin zu Ortsteilen mit dörflichem Charakter, sowie große Waldflächen und naturnahe Räume. Die komplexen Strukturen unseres großstädtischen Lebensraumes werden dabei beeinflusst von einem Spannungsfeld zwischen örtlichen und übergeordneten Zielen einerseits, sowie individuellen Interessen und solchen des Gemeinwohls andererseits.

Stadtplanung ist dabei nicht nur eine schöpferische, sondern zugleich auch immer eine soziale Aufgabe, die der Abwägung privater und öffentlicher Interessen bedarf. Eine verbesserte Stadtplanung in Verbindung mit einem optimierten Stadtmarketing sind aus Sicht der Liberalen die beiden wesentlichen Stützen der zukünftigen Entwicklung unserer Stadt. Defizite in der Stadtentwicklung müssen Schritt für Schritt durch eine anspruchsvolle, der Größe und der Bedeutung der Stadt angemessene Stadtplanung und ein entsprechendes, flankierendes Stadtmarketing angegangen werden.

Die Bedeutung weicher Standortfaktoren (Qualität der Umwelt-, Wohn-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitfaktoren) hat erheblich zugenommen. Nicht nur bei der Frage, wo Unternehmen einen Standort suchen und neue Arbeitsplätze schaffen, sondern auch um für die Einwohner als Lebensmittelpunkt attraktiv zu bleiben. Im Hinblick auf die Realisierung wichtiger Projekte wie „Urbanum“ oder „Multi-Casa“, aber auch um gegen den Aderlass an Bevölkerung (Tendenz zur Stadt-Umland-Flucht) zu wirken, muss sich unsere Stadt auch dem Bereich der weichen Standortfaktoren verstärkt widmen. Einwohnern, Gästen und potentiellen Investoren muss ein so attraktives und facettenreiches Bild unserer Stadt wie möglich geboten werden. Positive, überraschende und abwechslungsreiche Erlebnisse und Eindrücke einer Stadt führen zu einem besseren Image und günstigeren Ruf außerhalb ihrer Grenzen und zu einem verbesserten Lebensgefühl bei ihren Einwohnern. Ohne innere Reize existiert keine attraktive Stadt, ohne äußere Anziehungskraft besteht keine Standortattraktivität.

Außendarstellung und Werbung für den Standort Duisburg müssen dringend auf den Prüfstand, um schlagkräftiger und glaubwürdiger zu werden. Alle Bereiche der städtischen Verwaltung müssen daneben an einem Strang ziehen, um eine durchweg positive Entwicklung der Stadt zu gewährleisten. Nur durch ein erfolgreiches Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und städtischen Gesellschaften werden die Stärken unserer Stadt forcierter deutlich gemacht.

### II. Rückhaltlos auf Qualität setzen – Durchschnitt hat keine Zukunft

Stadtentwicklung trägt wesentlich zum Ambiente und zur Atmosphäre einer Stadt bei. Eine unverwechselbare und vor allem auch positive Ausstrahlung unserer Stadt wird allerdings nur dann erreicht, wenn bei der Stadtentwicklung rückhaltlos auf Qualität gesetzt wird. Dies wird durch eine komplexe und verantwortungsvolle Planung möglich, die sich an hohen ästhetischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Kriterien orientiert.

Nur so entstehen hochwertige und anziehende städtische Lebensräume. Der Tenor der gesamten zukünftigen Stadtentwicklung darf folglich nicht von selbstgewählter Durchschnittlichkeit geprägt sein, da durch Stadtplanung immer Langzeitinvestitionen im städtischen Raum erfolgen. Die FDP setzt sich weiterhin ein für eine Dynamisierung der Bürgerbeteiligung in planerischen Prozessen. Die Beteiligung gut informierter Bürger kann Entscheidungsprozesse nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten positiv beeinflussen. Eine hohe Qualität in der Stadtplanung erfordert das Engagement aller Beteiligten, die Einbindung engagierter Bürger führt bekanntermaßen zu einer höheren Akzeptanz der Planung in der Bevölkerung.

### III. Lebendige Stadt im Herzen Europas

Duisburgs geradezu ideale Lage in einem der wichtigsten urbanen Ballungsräume Europas

**„Mehr Elan und Effizienz in der Stadtentwicklung“**

ebenso wie die vielfältige und traditionsreiche Geschichte als Handels- und Wirtschaftsstandort bilden den Hintergrund unseres Leitbildes für die zukünftige Stadtentwicklung: Duisburg, entwickelt zu einer attraktiven und lebendigen Großstadt innerhalb Europas, die nicht nur mit sicheren Arbeitsplätzen und interessanten Standortfaktoren aufwartet, sondern auch eine Stadt mit einem sehr lebenswerten Kulturraum und einer Reihe ansprechender Landmarken und Ankerpunkte ist. Der Wettbewerb der Städte im Europa der Regionen wird sich in Zukunft gerade auch über die Qualität der Freiräume und Kulturlandschaften entscheiden. Zwar ist Freiraumqualität ein weicher Standortfaktor, zahlt sich aber regelmäßig in barer Münze aus, da Menschen innerhalb Europas weit reisen, um inszenierte Natur oder Gartenlandschaften zu erleben.

#### **IV. Stadtgestaltung – innovativ, intelligent, kostengünstig**

Die Möglichkeit einer starken Zukunft unserer Stadt darf auf keinen Fall wegen eines fehlenden Gespürs für die Notwendigkeit des Wandels nachlässig verspielt werden, sondern muss so schnell und so effizient wie möglich angegangen werden. Unsere konkreten Vorschläge für die zukünftige Stadtentwicklung fußen unter anderem auf preiswerten, alle Sinne ansprechenden Gestaltungselementen: Licht und Farbe, Wasser und Grün ermöglichen kostengünstige und dennoch wirksame Lösungen zu einer ansprechenden, aufwertenden Stadtgestaltung. Dabei ist das Erkennen und Nutzen von städtebaulichen Chancen aus liberaler Sicht wichtiger als die alleinige Wahrnehmung von Problemen:

##### **1. Alsumer Berg**

Unsere Forderung ist, den Alsumer Berg nicht weiter in einem verwilderten Zustand bestehen zu lassen, sondern die Chance zu nutzen, ihn zu einer bedeutenden Landmarke zu entwickeln (Landmarke Tor zum Niederrhein - Tor zum Ruhrgebiet).

##### **2. Stadt-Land-Fluß**

Floating Homes, schwimmendes Wohnquartier, Hausbootanlage

Anspruchsvolle und abwechslungsreiche Gestaltung der Mittelinseln von geplanten Kreisverkehren an wichtigen Schlüsselstellen innerhalb der Stadt. Gepflegte begrünte Mittelinseln sind nicht nur aus Sicht von Verkehrspsychologen sinnvoll für einen sicheren Verkehrsfluss, sie senken den Versiegelungsgrad, verbessern das optische Erscheinungsbild der Stadt.

Attraktivere Gestaltung der Haupteinfahrtsstraßen Duisburgs, z.B. durch gezielte Anpflanzung von rotblättrigen Bäumen bzw. Kombinationen von Bäumen mit grünem und rotem Laub (perspektivische Gestaltung von Baum- und Heckenbereichen (siehe Landschaftspark Nord Meiderich), Alleen, Baumbestand und Wandelbereiche. Inszenierte Natur liegt nicht nur im Trend, sondern stellt einen kulturellen Wert dar, von dem eine Gemeinde auf Dauer zehrt. Die Duisburger Parks müssen weg vom getrimmten Gestrüpp und gartenpflegerisch mit grünem Daumen und goldener Axt aufgewertet werden.

##### **3. Begrünung der Straßenbahntrassen**

Begrünung von Straßenbahntrassen, die nicht zugleich auch vom Kfz-Verkehr genutzt werden, durch Anpflanzung verbessern.

##### **4. Bürgerbaumpark**

z.B. in der Ruhraue oder an einem anderen geeigneten Standort entwickeln (Patenschaften von Bürgern über öffentliches Grün).

##### **5. Duisburger Baulücken schließen**

Schlecht genutzte oder brachliegende Grundstücke als städtebauliche Chance begreifen und reaktivieren. Nicht nur Gebäude, auch attraktiv gestaltete Freiflächen, kleine Parkanlagen oder künstlerische Gestaltungen stellen immer eine Aufwertung dar.

##### **6. Duisburger Denkmalinitiative**

Das Land, die Stadt und auch Wohnungsunternehmen durch die Anbringung der kostenlosen Denkmalplakette NRW an ihren Gebäuden als Vorbilder nutzen, für ein Bekenntnis

zum Denkmal. Zielorientierte Stadtentwicklung und Denkmalpflege sind wesentliche Standortfaktoren, Markenzeichen und positive Imageträger und somit wertvolles Kapital mit dem eine Stadt langfristig arbeiten kann (s. etwa Innenhafen).

### **7. Wohnen in der Altstadt**

Freie Fläche zwischen Beekstraße und Steinscher Gasse mit attraktiven Altsadthäusern bebauen, um die Beekstraße und den hinteren Sonnenwall mit neuem Leben zu versehen.

### **8. Freilegung**

Permanente Begeh- und Sichtbarmachung der historischen Gräfte und Maueranlagen unterhalb der Karmelkirche und im Bereich des Rathausbogens.

### **9. Königsberger Allee**

Fußgänger- und radfahrerfreundliche Aufwertung des Grünzuges der Königsberger Allee vom Goerdeler Park hin zum Kaiserberg.

### **10. Hamborner Altmarkt**

Kundenfreundlichere Verkehrsführung während der Marktzeiten (kein privater PKW - Verkehr auf der Marktumrandung)

### **11. Intelligente städtische Infotafeln (Billboards)**

Infotafeln an Schlüsselstellen in der Stadt aufstellen, die zusätzlichen Nutzen durch visuelle Informationen bieten, städtische Attraktionen sind und auch zur Quelle zusätzlicher Einnahmen werden können.

### **12. Ja zur Illumination**

Licht zieht an: Lichtkunst und Lichtarchitektur als Elemente weiter zur Stadtverschönerung einsetzen. Durch nächtliche Beleuchtung auf der Grundlage von Illuminationskonzepten erwachen Stadtbereiche zu neuem Leben (Lebensretterbrunnen, Fassaden wichtiger oder historischer Gebäude, Lichtlinie in der City gestalten)

### **13. Fontäne im hinteren Innenhafenbecken**

Eine nächtlich beleuchtete Wasserfontäne verstärkt als lebendiges Element den bereits sehr reizvollen und atmosphärischen Innenhafen, zudem trägt sie zu einer wesentlich besseren Sauerstoffversorgung des stehenden Gewässers bei. Eine erste positive Erfahrung mit einem beleuchteten Wasserspiel konnte bereits im Juli 2003 mit einer temporären Installation gemacht werden.

### **14. Kreuzungsbereich Koloniestr./Kruppstr. neu regeln**

Regelmäßige Probleme vor allem bei Veranstaltungen im Sportpark Wedau durch Linksabbieger in Richtung Steinbruchstraße, die den Hauptverkehrsfluß Richtung Uhlenhorst, A3 usw. unnötig unterbrechen.

### **15. Marientorplatz neu gestalten**

Schaffung eines besseren Umfeldes für das TaM und einer besseren Anbindung zur Innenstadt, auch zur Belebung des hinteren Sonnenwalls.

### **16. Mitgliedschaft EUROCITIES**

Umsetzung des schon 2001 einstimmig im Rat beschlossenen Beitritts zum Städtenetzwerk EUROCITIES realisieren:

Kontakte zu anderen Mitgliedsstädten entwickeln, schnellerer Erhalt für Duisburg wichtiger Informationen aus der europäischen Ebene, Erhalt von Impulsen für die Stadtentwicklung durch das Best-Practice-Prinzip.

## **17. P&R Fläche(n) ausweisen**

P&R Flächenausweisung, um im Zusammenspiel von Stadt, Verkehrsbetrieben und Gastroszene eine "Initiative gegen ein schlafendes Duisburg" durchzuführen.

## **18. Errichtung einer permanenten Markthalle**

Eine Markthalle soll in der fußläufigen City errichtet werden - in unserer Nachbarstadt Düsseldorf ist der Karlplatz ein gutes Beispiel für eine solche gern genutzte Einrichtung; vor allem im mediterranen Bereich finden sich weitere interessante Beispiele.

## **19. Rathausvorplatz**

Unsere Forderung: Rathausvorplatz komplett neu und angemessener gestalten - Hamburg, Lyon, kaum eine Stadt lässt ein so attraktives und würdiges Rathausgebäude so abgeschlossen und isoliert, sondern wertet den Rathausbereich attraktiv auf. Ein schönes Beispiel für eine hervorragende und erfolgreiche Umgestaltung eines Platzes, der ähnlich gestaltet war wie unser Rathausvorplatz, ist der Domvorplatz in Trier. Seit der Umgestaltung Anfang der 90er Jahre ist der Platz zu einem in die Stadt integrierten und belebten Bereich geworden.

## **20. Kantpark**

Umsetzung der Ergebnisse des durchgeführten Wettbewerbs zur Umgestaltung des Kantparks und professionellere Pflege der Duisburger Parkanlagen und öffentlichen Grünflächen wie z.B. dem Kaiserberg. Es ist eine bessere Schulung der mit der Pflege von Parkanlagen und Grünflächen betrauten Mitarbeiter dringend erforderlich.

## **21. Realisierung eines Wohngebietes**

Realisierung eines Wohngebietes auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei Duisburgs in Mülheim-Speldorf.

## **22. Schaffung einer historischen Route**

Schaffung einer historischen Route durch das Stadtgebiet (Bau- und Bodendenkmäler), sowie verschiedener markierter Themenrouten im Innenstadtbereich, die sich touristisch vermarkten lassen.

## **23. Speditionsinsel**

Die Speditionsinsel zumindest in der Spitze nicht erneut industriell nutzen, da hier die historische Chance besteht, die wieder freigegebene Perspektive auf Homberg bzw. Ruhrort zu erhalten (eine Hotel- oder Gastro-Nutzung wäre beispielsweise angemessen, um die Menschen auch an dieser Stelle stärker an den Fluß zu führen).

## **24. Stellplatzbereich für Wohnmobile**

Stellplatzbereich für Wohnmobile mit der erforderlichen Infrastruktur schaffen (z.B. am Ende der Masurenallee, gute Anbindung an ÖPNV mittels DB in Richtung Innenstadt, Lage im Grünen an der Sechs-Seen-Platte usw.).

## **25. Umwandlung der Friedrich-Wilhelm-Straße**

Umwandlung der Friedrich-Wilhelm-Straße in eine Prachtstraße, die als eine Schlüsselverbindung zwischen MultiCasa und Innenstadt hin zum Innenhafen dient.

## **26. Verbesserung der Fassaden**

nicht allein historisch wertvoller Gebäude durch eine Intensivierung des oder eine Ergänzung zum makeup-Duisburg Wettbewerbes. Entwicklung ansprechender Farbkonzepte zur stadträumlichen Gestaltung von Wohnquartieren in enger Abstimmung mit dem Duisburger Handwerk.

## 27. Wallstraße

Dringend erforderlich ist, die Wallstraße zu einer lebendigeren Verbindungsspanne vom Sonnenwall zum Dellplatz umgestalten.

## 28. Der Stadtflucht entgegenwirken

- Individuelle Antriebskräfte der Stadt fordern und fördern
- Lebenszyklus einer Stadt (Pionier-, Anpassungs- und Sättigungsphase)
- Wettbewerb der Städte und Regionen um Investitionen und Arbeitsplätze

(Im Rampenlicht der (internationalen) Öffentlichkeit zu stehen zählt wie ein Lottogewinn im Wettbewerb) 500.000 Einwohner bedeutet weniger Schlüsselzuweisungen für Duisburg

## 29. Der Verwahrlosung einzelner Bereiche der Stadt entgegenwirken

Wohnhäuser für neuzeitliche Lebensstile entwickeln, Wohnprojekte, die eingebettet in die alte Bausubstanz, mitten in der Stadt individuelle Rückzugs- und Repräsentationsräume bieten über frei gestaltbare Innenräume mit integrierten Terrassen und Dachgärten (Im Zentrum zu Hause) Innenstadthäuser, die der Stadt mehr Identität und den Bewohnern mehr Lebensqualität bieten, flächenschonendes und dennoch attraktives Wohnen, mitten in der Innenstadt, als Konzept gegen die Flucht aufs Land.

Die gesamten Bemühungen und Aktivitäten unserer Stadt müssen dem Anspruch und Selbstverständnis einer wichtigen europäischen Großstadt gerecht werden. Dieser Anspruch ist als übergeordneter Maßstab bei möglichst allen Entscheidungen zugrunde zu legen. Duisburg darf letztlich im Wettbewerb der Städte und Regionen nicht zu den Verlierern, sondern muss langfristig zu den Gewinnern zählen. Die Duisburger FDP steht daher für eine klare Politik in der Stadtentwicklung, die zu einem Wachrütteln der vielfältigen, hier unstreitig vorhandenen Ressourcen führt. Unser Ziel ist es daher, durch verschiedene Ideen und Impulse einen stärkeren Wandel der Stadt aus sich selbst heraus anzuregen. Defizite in der Stadtentwicklung sollen durch das Aufzeigen niveauvoller Perspektiven und dynamischer Entwicklungslinien dazu beitragen, Duisburg weiter zu entwickeln zu einer Stadt auf europäischem Niveau, in der es attraktiv ist zu leben, zu arbeiten und zu wohnen.

**„Wachstumszentren  
des 21. Jh. finden  
sich weniger  
in Europa als  
in Asien und  
Amerika“**

## F. Soziale Stadt

Ein wichtiges Kennzeichen der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur ihre hohe ökonomische Leistungsfähigkeit, die Arbeitsplätze schafft und so die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine aktive soziale Verantwortung des Staates, die wirklich nur dann greift, wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft für die Absicherung der großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter Vorsorge zu treffen. Ein so ausgestaltetes Sozialsystem, das seinem Charakter nach subsidiär ist, ist nicht Fremdkörper sondern produktiver Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft.

### I. Familien, Kinder und Jugend

Für Liberale gilt: Familie ist jede Verantwortungsgemeinschaft mit Kindern.

In der heutigen Zeit werden die Kinder und Jugendlichen mit Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, sozialen Engpässen und einem krisenbetroffenen Bildungssystem konfrontiert. In allen genannten Bereichen gibt es signifikante Einschnitte und Besserung scheint nicht in Sicht. Durch fehlende finanzielle Mittel bei Land und Kommune kann das bestehende Angebot an öffentlich geförderten Kindergartenplätzen nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten werden, obwohl das trotz sinkender Geburtenzahlen pädagogisch sinnvoll wäre. Die Duisburger FDP wird sich aber weiterhin für eine bedarfsorientierte Versorgung in allen Ortsteilen einsetzen.

Private und ehrenamtliche Initiativen auf dem Gebiet der Kinderbetreuung sind stärker zu unterstützen. Die tatsächliche und rechtliche Stellung von Tageseltern muss verbessert werden. Entsprechende Weiterbildungsangebote sollen die Beachtung von Qualitätsstandards sicherstellen.

Eltern müssen sich sicher sein können, dass ihre Kinder auch bei Stundenausfall bis mittags in der Schule betreut werden. Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht im Zeitrahmen von 7 bis 14 Uhr müssen geschaffen werden. Im Bereich der weiterführenden Schulen wird angestrebt, neben den bestehenden Angeboten an der Schule die Einrichtung weiterer Betreuungsangebote am Nachmittag zu unterstützen. Das Angebot an Ganztagschulen muss bedarfsorientiert und in enger Abstimmung mit den Schulträgern ausgebaut werden.

Es muss ein breiteres und gezielteres Beratungsangebot für Schulabgänger im Hinblick auf den zukünftigen Berufswunsch etabliert werden. Gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit muss den Jugendlichen mehr Beratung und Begleitung geboten werden. Es ist wichtig, die richtige Ausbildung für den jugendlichen Ausbildungssuchenden zu finden – dies sollte aus eigener Initiative und selbstbestimmt erfolgen, ohne Begleitung wird es aber immer schwieriger.

### II. Frauen

Klassische Wertvorstellungen und gesellschaftliche Rollenbilder befinden sich in einem rasanten Wandel. Vor diesem Hintergrund hat sich vor allem das Selbstverständnis von/für Frauen fundamental geändert. Diese Entwicklung muss weiterhin angetrieben werden, um endgültig die Gleichberechtigung von Frauen in der Gesellschaft als selbstverständlich zu etablieren.

Viele Frauen wollen heute Beruf und Familie vereinbaren. Sie sehen sich heute vor die Entscheidung zwischen Kind und Berufstätigkeit gestellt. Dies führt häufiger dazu, dass gut ausgebildete Frauen auf Kinder verzichten. Die Tendenz zeigt es: Die Geburtenraten nehmen dramatisch ab. Es ist Aufgabe von Politik, Arbeitgebern und der Gesellschaft, dieser Entwicklung durch Anerkennung und Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit der einzelnen Bereiche Rechnung zu tragen. Teilzeitangebote und Betriebskindergärten sind ein brauchbarer Lösungsansatz. Bei letzterem sieht die FDP Duisburg die Lösung der Finanzierungsfrage vor allem im Sponsoring und Stiftungskapital. Neben den betroffenen Firmen und der Politik sollten die Kammern unterstützend wirken.

Oftmals geraten Frauen durch eine Schwangerschaft in finanzielle aber auch gesellschaftliche Nöte. Die Entscheidung zum Abbruch der Schwangerschaft ist schwerwie-

**„Mehr Aufklärung.  
Mehr Beratung.  
Mehr Eigen-  
verantwortung“**

**„Der Kinderwunsch  
darf kein  
Existenzrisiko  
sein“**

gend und bedarf der Beratung. Neben städtischen und evangelischen Beratungsstellen hat sich an einem sozialen Brennpunkt im Duisburger Norden der Verein „Frauenwürde“ etabliert. Seit Gründung setzt sich die Duisburger FDP massiv für die Unterstützung und Anerkennung des Vereins ein. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass dort, wo Hilfe notwendig ist, diese auch geleistet wird.

### **III. Menschen mit Behinderungen**

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige haben ein Recht auf ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben. In jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenssituation müssen sie die Chance erhalten, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen und können.

Behindertenpolitik darf nicht nur für behinderte Menschen, sie muss mit behinderten Menschen gemacht und wesentlich durch sie mitgestaltet werden. Dies gilt für alle Formen von Behinderungen. Einzelne Gruppen von behinderten Menschen, die keine Lobby haben oder sich nicht entsprechend artikulieren können, dürfen nicht benachteiligt werden.

Die FDP unterstützt die verschiedenen Formen der Bemühungen zur Integration von behinderten Menschen, aber insbesondere Kindern in Kindergärten, Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen. Dem Elternwillen und den Wünschen der behinderten Kinder sollte verstärkt Rechnung getragen werden.

Für Menschen mit Behinderungen müssen Hindernisse aller Art abgebaut werden – denn Mobilität ist gerade für diese Menschen elementar, deren Chancen auf Teilhabe aufgrund ihrer Behinderung eingeschränkt sind.

Behinderte Menschen müssen sich vor allem frei in der Gesellschaft bewegen können. Dabei ist die von Liberalen angestrebte Barrierefreiheit umfassend zu verstehen. Sie bezieht sich einerseits auf die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Plätzen, auf den privaten Wohnungsbau und die Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel. Behindertengerechte Zugangsrampen, Aufzüge und visuelle oder akustische Orientierungsmöglichkeiten und Leitsysteme müssen beim Bau berücksichtigt werden. Der Einbau des von der FDP befürworteten Fahrstuhls im Duisburger Rathaus sei hier als Symbol genannt. Der rollstuhl- und blindengerechte Ausbau von Kreuzungen und Verteilerkreisen muss nun folgen.

### **IV. Senioren - Dranbleiben und Drinbleiben**

Die liberale Seniorenpolitik geht Jung wie Alt gleichermaßen an. Sie will das Gegeneinander der Generationen verhindern und das Miteinander erreichen. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst stetig an. Ihre Lebensleistung verdient unsere Anerkennung. Unter der Mitwirkung der FDP hat die Politik auf kommunaler Ebene, hierfür die notwendigen, erfolgversprechenden Strukturen zu gestalten und Wege zu ebnen.

Als erstes sollen Senioren in Duisburg zur stärkeren Mitwirkung im Seniorenbeirat motiviert werden. Außerdem sollte weiterhin ein freiwilliges soziales Jahr für Senioren eingeführt und wie das freiwillige soziale Jahr der Jugendlichen mit finanziellen Anreizen versehen werden. Auch ein abruptes Ende der Beschäftigungszeit hat so einen harmonischen Ausklang – denn nicht jeder möchte im rentenfähigen Alter auf eine regelmäßige Aufgabe bzw. auf eine Teilhabe am Erwerbsleben verzichten. Die Wertschätzung älterer Bürger wird somit langfristig steigen. Auch die Tür zu neuen Techniken und Medienkompetenz sollte durch gezielte Bildungsangebote geöffnet werden.

Die FDP sieht in der Seniorenpolitik einen Ansporn, älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an der Bürgergesellschaft zu weiterhin beteiligen und an Entscheidungen aktiv mitzuwirken.

Die historisch gewachsene Angewohnheit städtische Mittel zur Seniorenbetreuung an die Wohlfahrtsverbände zu überweisen oder gar selber das „Geschäft mit den Senioren“ zu betreiben, ist bei der finanziellen Lage der Kommunen nicht durchzuhalten – auch bei anspringender Konjunktur nicht. Der positive Faktor Mensch wurde u.E. bei dieser Verfahrensweise gänzlich außer Acht gelassen. Vor allem aber stellt sich die Frage, was von den finanziellen Mitteln heute noch bei den Senioren ankommt oder im undurchdringlichen Sumpf von Anträgen, Verfahrensabläufen und systembedingter Trägheit untergeht.

So gewinnt mehr die qualifizierte Beratung als weniger die Betreuung an Bedeutung. Im Wirrwarr der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen in Bezug auf medizinische Fragen, Pflegestufen, Pflegegeld, altengerechte Wohnungen, Beiträge zur Krankenversicherung, zusätzliche Einkünfte zur Rente kommen nicht nur ältere Menschen nicht zurecht, es wird immer schwieriger auch für die nachfolgenden Generation entsprechende Unterstützung zu leisten. So hat zwar die klassische Betreuung der Senioren in Bezug auf Begegnungsstätten, „Kaffeekränzchen“, organisierte Tagesausflüge etc. weiterhin eine hohe Nachfrage, ist aber zur Sicherung der Sozialstrukturen und des selbstbestimmten Altersvergleichsweise eher von geringerer Bedeutung.

## G. Internationale Stadt – Bildung und Begegnung

### I. Integration

Integration ist nicht Assimilation. Sie ist nicht das beziehungslose Nebeneinander. Gelingene Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen, aber vor allem am gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer Verfassung und der in ihr verankerten Werte.

Der Weg zu einer erfolgreichen Integration wird zuerst durch das Erlernen der deutschen Sprache bestimmt und dient außerdem zur Demonstration des Integrationswillens. Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine unerlässliche Voraussetzung zur Beseitigung sozialer Benachteiligung und zum Erreichen schulischer, beruflicher und gesellschaftlicher Erfolge. Somit sollten sowohl die migrierten Erziehungsberechtigten als auch deren Kinder von Anfang an durch verpflichtende Sprachkurse mit dem Erlernen der deutschen Sprache beginnen. Auf dem Gebiet der Sprachförderung wird sich die FDP dafür einsetzen, dass Angebote geschaffen und gebündelt werden, mit denen alle Zuwanderer erreicht werden. Vor allem die Migrantinnen leben häufig jahrelang in Deutschland, ohne Kontakt zu deutschen Bürgern knüpfen zu können. Auch für sie müssen gesonderte sprachliche Förderungsmaßnahmen eingerichtet und gestärkt werden, um ihnen den Einstieg in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu öffnen.

Bereits in den Tageseinrichtungen für Kinder sind daher Sprachförderungsangebote einzurichten und wenn möglich zu erweitern. Gerade im Vorschulbereich können Weichenstellungen getroffen werden, die notwendige Grundlage für eine erfolgreiche Integration bilden.

Das wollen wir!

### II. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Für die FDP ist Religionsfreiheit und Toleranz gegenüber allen Religionsgemeinschaften ein zentrales Anliegen. Die Liberalen wollen, dass freie Bürger in einem freien Staat ihre Religion frei und ungehindert ausüben können.

Alle Religionsgemeinschaften, die sich zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten bekennen und diese leben, finden in der FDP einen ehrlichen Anwalt ihrer Interessen. Wir wollen, dass der Staat sein Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften in einer Weise definiert, die allen Religionen und ihren Gläubigen gerecht wird. Religionsfreiheit findet allerdings ihre Grenzen in den Menschenrechten, wie sie z.B. von den Vereinten Nationen definiert werden. Deshalb ist es für die FDP von zentraler Bedeutung, dass alle Religionsgemeinschaften sich klar und deutlich zu den Grundrechten des Grundgesetzes bekennen und gegen diese nicht verstoßen. Religion trifft in Deutschland auf Offenheit und Toleranz und dieses erwarten wir auch von den Religionsgemeinschaften.

## H. Liberale Kulturpolitik

Die Liberalen sind die Kulturpartei Duisburgs. Für die FDP ist die Kultur in unserer Stadt unentbehrlich. Sie schafft Identität und Identifikation und bindet dauerhaft grundlegende demokratische Wertvorstellungen. Kultur und Kulturpolitik sichern mit gleichem Engagement das Bemühen der Menschen in Duisburg ihre örtliche Verwurzelung, ihre persönliche Geschichte und ihre persönlichen Bindungen im Alltag festzuhalten. Kultur ist eine Grundaufgabe jeder Kommune, sie darf in Ihrem Bildungsauftrag auch in Zeiten knapper Kassen nicht zur Disposition gestellt werden.

Liberale Kulturpolitik heißt auch, den Dialog der verschiedenen Kulturen in unserer Stadt möglich zu machen und zu fördern. Über Kultur können Brücken zwischen Menschen gebaut und Gegensätze überwunden werden.

Wir Liberalen sind verlässliche Partner der Kultur, der Kulturinstitutionen und insbesondere der Kulturvereinigungen, die in bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aktiv Kultur voran treiben. Wir begrüßen und unterstützen jegliches bürgerschaftliche Engagement für Kultur, wie z.B. die Freundes- und Förderkreise unserer Kulturinstitutionen, und fordern die Verwaltung auf, logistisch beim Aufbau neuer Strukturen tätig zu werden, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen sowie bürokratische Hindernisse abzubauen. Die Mittel, die Mäzene, Stifter und Sponsoren der Kultur zur Verfügung stellen, dürfen der öffentlichen Hand nicht als Vorwand dienen, ihr Engagement zu beenden, sondern sollen für eine zusätzliche Bereicherung des Duisburger Kulturlebens sorgen.

Duisburgs Image als Kultur- und Festivalstadt muss in Zukunft noch offensiver überregional vermarktet werden. Die Duisburger Kulturinstitutionen und Festivals gehören zur deutschen Spitzenklasse. Mäzene wie Henle, Köhler-Osbahr, Thyssen, Haniel und viele andere haben von jeher zu dieser Spitzenposition beigetragen. Die steuerlichen Bedingungen für Kultursponsoring müssen aus Sicht der Liberalen deutlich verbessert werden.

Jede Bevormundung der Kultur von staatlicher Seite wird von uns Liberalen kategorisch abgelehnt. Nur in ihrer Freiheit kann sich kulturelle Tradition neben zeitgenössischer Kunst frei entfalten, zum Wohl sämtlicher Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

### I. Deutsche Oper am Rhein:

Die DOR ist eines der führenden deutschen Opernhäuser. Die Operngemeinschaft mit Düsseldorf ist in ihrer Wirtschaftlichkeit beispielhaft. Keine deutsche Stadt ähnlicher Größe unterhält mit vergleichbaren Mitteln ein eigenes Opernhaus. Eine möglichst weitreichende Verlängerung des Rheinopernvertrags ist für die FDP ein Kernpunkt der Kulturpolitik in Duisburg. Die ab der Saison 2003/2004 auf 100 verringerte Vorstellungszahl ist die absolute Untergrenze, mittelfristig sind mindestens 125 Vorstellungen pro Jahr wünschenswert, damit ein angemessener Spielplan aufrecht erhalten werden kann.

Wir fordern die Verwaltung auf, bei Neuverhandlungen darauf zu achten, dass der Generalmusikdirektor der DOR nicht, wie zur Zeit, auch noch Generalmusikdirektor der Stadt Düsseldorf ist, da seine zeitlichen Ressourcen ihm in dieser Situation zu wenig Zeit für seine Tätigkeit in Duisburg lassen.

### II. Umbenennung des Stadttheaters:

Die Liberalen in Duisburg setzen sich für eine Umbenennung des Stadttheaters in Opernhaus Duisburg ein. Dieser neue Name, der dann auch auf der Beschilderung der Innenstadt präsent sein wird, soll zu einer verstärkten Wahrnehmung der eigenen Oper durch die Duisburgerinnen und Duisburger führen, wird jedoch auch auswärtigen Besuchern viel nachdrücklicher die Vielfalt des Duisburger Kulturlebens vor Augen führen. Die Werbewirksamkeit des neuen Namens für die Oper und die gesamte Stadt sollte unbestritten sein.

### III. Duisburger Philharmoniker:

Die Duisburger Philharmoniker sind eines der hervorragendsten Aushängeschilder unserer Stadt, das von uns Liberalen gefördert und unterstützt wird. Ihre überregionale und internationale Ausstrahlung sollte in Zukunft noch stärker für die Außenwerbung genutzt werden. Die Position dieses Orchesters als eines der deutschen Spitzenorchester zu festigen und auszubauen, ist für Duisburg von essentieller Bedeutung. Wir Liberalen fordern

die Verwaltung auf, auch das Engagement des Orchesters im Kinder- und Jugendbereich zu fördern. In Zeiten, in denen es nur noch wenig qualifizierten Musikunterricht an den Schulen gibt, fällt dem Kinder- und Jugendprojekt der Duisburger Philharmoniker eine große Bedeutung zu.

#### **IV. Schauspiel:**

Die Situation des Schauspiels in Duisburg ist aus Sicht der FDP zur Zeit dürftig. Da Duisburg über kein eigenes Ensemble verfügt, werden die wenigen Schauspielabende von Gastbühnen bestritten. Für diese begrenzte Abendzahl erscheint uns die Kooperation mit nur einer Bühne wesentlich sinnvoller, da auf diese Weise das Schauspiel in Duisburg ein eigenes Profil entwickeln könnte. Was ein solches geschärftes Profil für die Zuschauerresonanz bedeutet ist am Publikumszuspruch bei den Akzente- Schauspielaufführungen zu sehen.

#### **V. TaM:**

Das Theater am Marientor soll, nach der Eröffnung des neuen Veranstaltungssaals im Urbanum im Juni 2005, wieder seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich der Bespielung durch Musical- und Showproduktionen zugeführt werden, da nahezu sämtliche Veranstaltungen die zur Zeit im TaM stattfinden, ab Juni 2005 die neue Mercatorhalle in Anspruch nehmen werden.

Für eine solche Bespielung ist ein Betreiber zu finden, der die zu erwartenden Besucherströme nach Duisburg nutzen kann und das TaM mit seinen Gesamtkosten übernimmt. Hierbei sollte ein eigenes Profil das TaM von den anderen Duisburger Veranstaltungsorten unterscheiden. Eine städtebauliche Aufwertung der Umgebung ist für einen kommerziellen Erfolg des TaM unerlässlich.

Sollte es trotz aller Bemühungen nicht möglich sein, einen neuen Betreiber zu finden, muss das TaM einer anderen Nutzung zugeführt, oder sogar aufgegeben werden. Der Unterhalt des Theaters am Marientor darf nach Juni 2005 die Duisburger Bürgerinnen und Bürger kein Geld mehr kosten!

#### **VI. Bibliotheken:**

Zu den effizientesten Förderungsmöglichkeiten kultureller Bildung gehören die Bibliotheken. Ihr Schicksal darf deshalb nicht ausschließlich in die Hände der Finanzpolitiker gelegt werden. Die Duisburger FDP setzt sich dafür ein, die Spitzenstellung der Duisburger Zentralbibliothek in NRW, insbesondere im Bereich der neuen Medien, zu festigen und auszubauen. Die Anzahl der Stadtteilbibliotheken soll sich an der Zahl der Stadtbezirke orientieren und somit eine flächendeckende, an den Erfordernissen der Informationsgesellschaft orientierte Versorgung der Bevölkerung sicherstellen.

#### **VII. Freie Kulturszene**

Die Liberalen in Duisburg begrüßen die Aktivitäten der freien Kulturszene in der Stadt. Sie tragen zur weiteren Stärkung und Entwicklung eines lebendigen und vielfältigen Kulturlebens bei. Neben den kommunalen und kommerziellen Kulturinstitutionen ist die freie Kulturszene eine Bereicherung, die der Stadt ein urbanes und weltoffenes Profil gibt. Diese Mischung, verbunden mit der immer weiter sich entwickelnden Gastronomieszene, hat schließlich Einfluss auf die Anziehungskraft Duisburgs, sowohl auf das Umland als auch auf investitionswillige Unternehmen.

Die FDP in Duisburg tritt dafür ein, die freien Künstler in den Bereichen Schauspiel, bildende Kunst, Tanz, Musik, Literatur und Kleinkunst effizient zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsgrundlagen der freien Kulturszene im Rahmen der finanzierbaren Möglichkeiten gewährleistet werden. Wie bisher leistet die Verwaltung nicht nur finanzielle, sondern auch strukturelle Unterstützung, indem sie z.B. entsprechende Probe- und Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.

#### **VIII. Kinder- und Jugendkultur:**

In Duisburg muss die musisch-kulturelle Bildung unserer Kinder gepflegt und gefördert werden, sonst werden Festivals, Konzerte und Theater in Zukunft kein Publikum mehr finden. Musisch-kulturelle Bildung sichert nicht nur die Zukunftschancen der jungen Genera-

tion, sondern auch die Zukunft von Kunst und Kultur selbst. Besonders unterstützenswert ist die Arbeit der Jugendmusikschule, des Kom ´ma und des Reibekuchen Theaters, das Kinder- und Jugendprojekt der Duisburger Philharmoniker, sowie die verstärkte Jugendarbeit der Deutschen Oper am Rhein.

Wir Liberalen setzen uns auch dafür ein, der Jugendkultur Raum zu verschaffen. Kultur vor Ort, auch von Jugendlichen für Jugendliche, ist der Gegenpol zu Gewalt, Gleichgültigkeit und Willkür. Wir unterstützen Projekte, die sowohl den Dialog zwischen den Generationen, wie auch die Integration fördern.

#### **IX. Festivals:**

Die Duisburger Festivals Traumzeit und Akzente sind qualitativ bundesweit von Bedeutung. Duisburg als Standort der Ruhr-Triennale muss weiter gestärkt werden. Die Duisburger FDP setzt sich dafür ein, dass aus dem Namenszusatz „Kulturstadt im Herzen Europas“ der Zusatz „Kultur- und Festivalstadt im Herzen Europas“ wird, um die Bedeutung unserer Festivals für die Stadt verstärkt hervor zu heben und die Werbewirksamkeit dieser Festivals für die Stadt zu stärken.

#### **X. Museen:**

Die neue Duisburger Marketingagentur soll nach unseren Vorstellungen die überregionale Werbung für die Museen unserer Stadt übernehmen, für deren Inhalte jedoch weiterhin die Museen selbst verantwortlich bleiben. Die Zusammenarbeit zwischen Museen und Schulen ist einer der Kernpunkte der kulturellen Erziehung und der Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart.

#### **XI. Kommunales Kino**

Zu den Künsten zählt seit dem 20. Jahrhundert auch der Film. Da anspruchsvolle Filme heute in den kommerziellen Kinos kaum noch gezeigt werden, ist es Aufgabe des kommunalen Kinos (Filmforum) den Duisburger Bürgern den Zugang zu dieser Kunstsparte offen zu halten.

#### **XII. Landschaftspark Nord**

Der vor 20 Jahren von der FDP angeregte Landschaftspark Nord gehört der Besucherzahl nach zu einer der herausragenden Attraktionen in NRW. Diese Tatsache muss Anlass für ein weiteres finanzielles Engagement des Landes bei der Übernahme der Investitionen sowie der laufenden Kosten durch das Land sein. Der Landschaftspark steht wie kaum ein anderes Projekt für den Begriff „Industriekultur“. Eine Nutzung als Spielstätte der verschiedensten Kunstformen, sowie als eine der Hauptspielstätten der Ruhr-Triennale ist für Duisburgs Kulturleben von essentieller Bedeutung.

Eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Kulturinstitutionen ist in vielen Fällen auch durch die Erhöhung der Einnahmen möglich. Attraktive Kulturangebote rechtfertigen durchaus höhere, freizeitmarktgerechte Eintrittspreise. Um jedoch auch einkommensschwachen Schichten die Teilnahme am Kulturleben zu ermöglichen, sollten die Eintrittspreise stärker gespreizt werden (Beibehaltung des jetzigen Niveaus auf den preiswerten Plätzen, Erhöhung auf den besten).

Wir erwarten von den Kulturinstitutionen unserer Stadt unter Berücksichtigung wirtschaftlichen Denkens und Handelns verantwortlich und zukunftsorientiert bei der Zukunftssicherung ihrer Institutionen und der Entwicklung unserer Stadt mitzuwirken.

## I. Sport

Viele Duisburger bekennen sich aktiv zum Sport. Sport ist für alle, insbesondere für Jugendliche, ein Lebensbereich, in dem sich liberale und soziale Werte und Ziele optimal ergänzen. Sport ist deshalb politisch zu fördern! Liberale Sportpolitik unterstützt den Spitzensport ebenso wie den Breitensport, den Sport in Schulen, Vereinen, Betrieben, kommerziellen Einrichtungen ebenso wie die sportliche Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie.

Immer neue Sportbedürfnisse und organisatorische Modelle bedürfen eines politischen Aufgreifens und einer Unterstützung.

Der Vereinssport ist ein wichtiger ehrenamtlicher Beitrag zur sozialen (Jugend-)Arbeit. Ein freiheitliches Gemeinwesen lebt davon, dass die Bürger bereit sind, in freier Entscheidung Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Der ehrenamtlichen Tätigkeit kommt daher für den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft große Bedeutung zu. Die freiwillige Übernahme von Verantwortung und Bürgersinn ist dem Zwang und dem bevormundenden Fürsorgestaat überlegen. Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind daher zu verbessern. Bereits Jugendliche sind schon früh mit ehrenamtlichen Engagement vertraut zu machen.

## J. Sicherheit

### I. Staatliches Gewaltmonopol

Das staatliche Gewaltmonopol ist für die FDP Kernelement des Rechtsstaates. Es ist die stärkste Garantie für eine möglichst gewaltlose Gesellschaft. Ein Rechtsstaat kann nur effektiv reagieren, wenn er über die inzwischen zum Standard gehörenden technischen Mittel verfügt. Die FDP möchte auf der einen Seite in Bund und Land eine Polizei, die besser ausgebildet, organisiert, besoldet und moderner ausgestattet wird. Gleichzeitig fordert sie eine Polizei, die sich auf die Kernaufgaben konzentriert. Die wichtigste Kernaufgabe ist dabei der Schutz der Bürgerrechte.

Die FDP erteilt auch weiterhin allen Überlegungen eine Absage, polizeiliche Befugnisse auf private Sicherheitsunternehmen zu übertragen.

Die FDP wird darauf achten, dass jegliche Pläne zur Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelinquenz keine Chance bekommen. Auch in Zukunft müssen Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Graffiti-Schmierereien konsequent bekämpft werden.

Oberste Priorität muss die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben. Polizei und Feuerwehr sind daher in ihrer Ausbildung, Einsatzstärke, Ausstattung und Präsenz zu fördern. Die Anzahl der Wachen und Wachbezirke ist ebenso, wie die Anzahl der Einsatzkräfte daher immer der aktuellen Situation in Duisburg anzupassen. Feuerwachen und Polizeiwachen sind so über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen, das es keine Einsatzstelle mehr gibt, die nicht in angemessener Zeit und mit den nötigen Einsatzkräften erreicht werden kann.

Eine weiteres „Ausdünnen“ der Polizeiwachen und des Personals ist in Duisburg nicht mehr hinnehmbar, ohne die Sicherheit der Bürger zu gefährden.

Der Brandschutzbedarfsplan ist mit 7 Feuerwehrwachen im Stadtgebiet und mit 86 Funktionsstellen für den feuerwehrtechnischen Dienst zu begrüßen, allerdings müssen das Rettungswegenetz und die sog. Vorbehaltsstraßen permanent auf ihre „Feuerwehrtauglichkeit“ überprüft werden und gegebenenfalls entsprechend verändert werden.

### II. Kinder- und Jugendkriminalität

Primäres Ziel der Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität bleibt dabei Prävention. Es gilt, Gewalt und ihre Ursachen gerade bei Kindern in ihrem Ursprung zu bekämpfen. Daher ist die FDP für eine Ächtung jeglicher Gewalt. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und umfasst insbesondere auch die soziale Absicherung von Kindern, ein ausreichendes Angebot an Betreuungseinrichtungen und ein Schulsystem, das auch schwächeren Schülerinnen und Schülern eine Perspektive gibt.

### III. Extremismusbekämpfung

Die FDP verurteilt jeglichen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Die Annahme, es handele sich um vorübergehende Vorgänge, hat sich nicht bestätigt. Die FDP unterstützt die zügige Umsetzung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ unter Beteiligung insbesondere der Freiwilligen-Organisationen mit ihrem breiten Angebot an Jugendarbeit. Die FDP fordert eine stärkere Unterstützung der freiwilligen Organisationen mit ihrem breiten Angebot an Jugendarbeit (Sport- und sonstige Freizeitangebote).

## K. Grundsätzliches

### Eine Geschichte als Herausforderung.

Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden.

Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.

Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.

Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit.

Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitstaatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.

Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.

### Die Anfänge: Ein Gedanke wird zur Bewegung.

- 1807/1812** Erste liberale Reformen in Preußen: Abschaffung der Leibeigenschaft, Gewerbefreiheit, Judenemanzipation, Heeres- und Universitätsreformen (v. Stein, v. Hardenberg, v. Humboldt)
- 1832** Beim Hambacher Fest bekennen sich 25.000 Menschen zu den Forderungen der Liberalen nach Freiheit und nationaler Einheit.
- 1847** Liberale beschließen in Heppenheim ein Programm, das die Einigung Deutschlands und eine bessere Vertretung des Volkes fordert.
- 1848** Bürgerliche Revolution: Liberale Reformgesetze werden erlassen. Die Liberalen verfügen über die absolute Mehrheit in der ersten Deutschen Nationalversammlung.
- 1861** Mitglieder des Nationalvereins und der Berliner Demokraten gründen die erste moderne politische Vereinigung: die Deutsche Fortschrittspartei.
- 1866** Erste Spaltung des organisierten deutschen Liberalismus in Links- und Nationalliberale. Letztere unterstützen als stärkere Partei im Reichstag Bismarcks Politik, zu der die Linksliberalen in Opposition stehen.
- 1880–1900** Spaltung und Parteineugründung sowie politische Machtlosigkeit kennzeichnen den deutschen Liberalismus.
- 1896** Gründung des Nationalsozialen Vereins durch Friedrich Naumann. Er fordert vom Staat die Übernahme sozialer Verpflichtungen und plädiert für ein demokratisches Kaisertum.

## In der Weimarer Republik: Einsatz für Reformen.

- 1918** Gründung der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei mit Friedrich Naumann und Max Weber sowie der nationalliberalen Deutschen Volkspartei mit Gustav Stresemann.
- 1919** Annahme der Weimarer Reichsverfassung, die im wesentlichen durch den liberalen Staatsrechtler und ersten Innenminister der Weimarer Republik, Hugo Preuß, geprägt ist.
- 1922** Der liberale Außenminister Walter Rathenau schließt den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion und führt Deutschland damit aus der internationalen Isolierung.
- 1923–1929** Ausgleich mit dem Westen und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund durch die erfolgreiche Außenpolitik von Gustav Stresemann.
- 1933–1945** Die katastrophale Wirtschaftslage und eine Fehleinschätzung des Nationalsozialismus veranlassen auch liberale Abgeordnete, 1933 dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Die liberalen Parteien werden verboten. Viele Liberale gehen in die Emigration oder werden für ihre politische Überzeugung verfolgt. Manche kollaborieren mit dem Nationalsozialismus.

## Nach dem Krieg: Stabilität und Dynamik.

- 1948** Von der Besatzungsmacht befohlener Verzicht auf Zusammenarbeit: Bruch zwischen den Liberalen der Westzonen und der LDPD in der Sowjetischen Besatzungszone. Am 11./12. Dezember im Westen Gründung der Freien Demokratischen Partei unter Vorsitz von Theodor Heuss.
- 1949** Das von Liberalen maßgeblich geprägte Grundgesetz wird verkündet. Bei der ersten Bundestagswahl erhält die FDP 11,9 % der Stimmen. Theodor Heuss wird zum ersten Bundespräsidenten gewählt.
- 1956** Wegen der Kritik des Fraktionsvorsitzenden Thomas Dehler an der Außenpolitik der Bundesregierung treten 16 FDP-Abgeordnete (darunter vier Minister) aus Fraktion und Partei aus. Nach Ende der Koalition mit der CDU/CSU bleibt die FDP bis 1961 in der Opposition. Erste deutschlandpolitische Gespräche mit LDPD-Vertretern in der DDR.
- 1959** Der von der FDP verabschiedete Deutschlandplan sieht innerdeutsche Verhandlungen und einen europäischen Sicherheitsvertrag vor.
- 1962** „Spiegel“-Affäre: Die FDP-Minister verlassen die Regierung und zwingen damit Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) zum Rücktritt.
- 1966** Wegen Ablehnung von Steuererhöhungen geht die FDP in die Opposition. CDU/CSU und SPD bilden die „Große Koalition“.
- 1968** Die FDP kämpft gegen die Notstandsgesetze der „Großen Koalition“. Liberale bereiten die später so erfolgreiche Ostpolitik vor.
- 1969** Die FDP bringt im Bundestag den Entwurf eines Generalvertrages mit der DDR ein. Gustav Heinemann (SPD) wird mit den Stimmern der Liberalen neuer Bundespräsident. Beginn der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel.
- 1971** Die FDP beschließt die Freiburger Thesen für eine liberale Gesellschaftspolitik.
- 1972** Das konstruktive Misstrauensvotum von CDU/CSU scheidet. Bei der Bundestagswahl wird die sozialliberale Koalition eindrucksvoll bestätigt.
- 1974** Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten. Sein Nachfolger als Parteivorsitzender und Außenminister wird Hans-Dietrich Genscher.
- 1982/1983** Beendigung der SPD/FDP-Koalition wegen zunehmender Differenzen in Haushalts-, Wirtschafts- und Abrüstungsfragen. CDU/CSU und FDP wählen Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Ein leidenschaftlicher Bundesparteitag und vorgezogene Neuwahlen bestätigen die Koalitionsentscheidung.
- 1985** Martin Bangemann wird Bundesvorsitzender. Der Bundesparteitag in Saarbrücken verabschiedet das „Liberale Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch“.
- 1988** Der Bundesparteitag wählt Otto Graf Lambsdorff zum Bundesvorsitzenden.

## Das vereinte Deutschland: Herausforderungen für Liberale.

- 1989** Die in der DDR schwelende gesellschaftliche Krise bricht im Oktober zu den Feierlichkeiten ihres 40. Jahrestages offen aus. Am 9. November öffnen sich in Berlin die Grenzübergänge.
- 1990** Neugründungen liberaler Parteien in der DDR: Deutsche Forumpartei (DFP) und FDP der DDR, während sich die LDPD reformiert. Um die Chancen der liberalen Parteien bei den ersten freien Wahlen zu erhöhen, konstituiert sich der Bund Freier Demokraten (BFD), dem später auch die NDPD beitrifft. Am 11. August in Hannover Vereinigung der Liberalen in Ost und West zur gesamtdeutschen FDP. Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen gewinnt die FDP 11,0 % der Stimmen.
- 1991** Der FDP Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff wird zum Präsidenten der Liberalen Internationale gewählt.
- 1993** Klaus Kinkel wird auf dem Bundesparteitag in Münster zum Bundesvorsitzenden gewählt.
- 1994** Die FDP erreicht nach einem für sie schwierigen Wahljahr bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 6,9 %. Im Dezember wird Dr. Guido Westerwelle zum neuen Generalsekretär der FDP gewählt.

- 1995** Der Bundesparteitag in Mainz wählt Dr. Wolfgang Gerhardt zum neuen Bundesvorsitzenden der FDP. Dr. Guido Westerwelle wird als Generalsekretär bestätigt.
- 1996** Die FDP erzielt bei Landtagswahlen sehr gute Ergebnisse, die weit über den Prognosen liegen. In Baden-Württemberg 9,6 %, in Rheinland-Pfalz 8,9% und in Schleswig-Holstein 5,7 %.
- 1997** Der Bundesparteitag in Wiesbaden beschließt das neue Grundsatzprogramm der FDP, die „Wiesbadener Grundsätze - Für die liberale Bürgergesellschaft.“
- 1998** Die FDP kann sich bei der Bundestagswahl am 27. September mit 6,2 % behaupten. Die CDU hat dramatische Verluste zu verzeichnen, so dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine neue Bundesregierung bilden können. Die FDP nimmt nach 29 Jahren Regierungsverantwortung eine neue Aufgabe wahr: Sie wird Oppositionspartei.
- 2000** Nach dem unglücklichen Wahljahr 1999 meldet sich die FDP mit 7,6 % in Schleswig-Holstein und 9,8 % in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll zurück. Im Leitantrag „Mehr Demokratie wagen“ des Bundesparteitags in Nürnberg wird gefordert, eine Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess auch über das Internet zu ermöglichen. Den neugegründeten FDP-Landesverband Net können Sie unter [www.fdp-lv-net.de](http://www.fdp-lv-net.de) erreichen.
- 2001** Die FDP zeigt sich erneut als Partei der Generation @: von Januar bis August haben alle Bürger die Möglichkeit, an unserem nächsten Bundestagswahlprogramm unter der Adresse [www.buergerprogramm2002.de](http://www.buergerprogramm2002.de) mitzuschreiben. Auf dem Bundesparteitag vom 4. – 6. Mai in Düsseldorf werden Cornelia Pieper zur Generalsekretärin und Dr. Guido Westerwelle zum Vorsitzenden gewählt. Die FDP verabschiedet sich von den Pünktchen und gibt sich ein neues Logo.



**FDP**

**DUISBURG**

FDP Kreisverband Duisburg  
Köhenstraße 11  
47051 Duisburg  
Telefon 0203 3177595  
Telefax 0203 3177399  
info@fdp-duisburg.de  
<http://www.fdp-duisburg.de>